

# Shinzō Abe und Japans Beziehungen zu China und den USA: Geopolitische Machtverschiebungen und strategische Neuaustrichtung

*Sebastian Maslow*

Als zentraler Bündnispartner der USA und wichtiger Handelspartner Chinas befindet sich Japan auf der Verwerfungslinie der sich zuspitzenden chinesisch-amerikanischen Machtverschiebung in Asien. In diesem Beitrag soll gezeigt werden, wie der ehemalige Premierminister Shinzō Abe auf diese Entwicklungen im Umgang mit China und den USA reagierte. Die Bilanz Abes zeigt, dass Japan einen tiefgreifenden Wandel erlebte, an dessen Ende Tōkyō eine proaktive Rolle in der Gestaltung geopolitischer Dynamiken im Indo-Pazifik spielt, um den Einfluss Chinas in der Region einzudämmen. Abe hat mit etablierten Handlungsmustern der japanischen Außenpolitik gebrochen und zentrale Prinzipien und Institutionen der Nachkriegsordnung revidiert. Zwei Jahre nach Ende der Abe-Ära zeichnet sich bereits ab, dass die Weichenstellungen unter Abe nachhaltig sind und die Richtung der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik vis-a-vis China und den USA bestimmen.

## **Abes China-Politik: Peking als geostrategischer Rivale**

China überholte Japan 2010 als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Gleichwohl sich diese Entwicklung bereits lange abzeichnete, intensivierten Pekings neuer Status in Japan die politischen Debatten, die das Land in einer tiefen nationalen Krise sahen, und die den internationalen Abstieg Japans als diplomatische Niederlage gegenüber Peking beschrieben. Damit wurden die Grundlagen gelegt für tiefgreifende Reformen in der Außen- und Sicherheitspolitik, in deren Verlauf es Shinzō Abe

während seiner Amtszeit gelang, Japan geopolitisch neu zu positionieren, um so eine führende Rolle bei der Gestaltung und Umsetzung regionaler Antworten auf Chinas Aufstieg zu spielen.

Abe führte seine Liberal-Demokratische Partei (LDP) 2012 mit dem Versprechen zurück an die Macht, Japan als proaktiven Akteur in der internationalen Politik zu etablieren. Damit war explizit eine konservative Agenda gemeint, welche die Beseitigung der in der pazifistischen Nachkriegsverfassung verankerten Beschränkungen militärischer Gewaltanwendung anstrebte. Mit Ende des Kalten Krieges wuchs der Druck auf Japan, seine militärische Rolle als US-Bündnispartner auszubauen, um so einem von Washington befürchteten Bedeutungsverlust Tōkyōs als Akteur in der Weltpolitik zu vermeiden. Unter seiner Führung war Japan nun bereit, Chinas Einfluss in der Region aktiv einzudämmen. Zu diesem Zweck orientierte sich Abe an der von US-Präsident Barack Obama 2011 formulierten Strategie des »Rebalancing« (bzw. »Pivot«).

Mit dem »Pivot« versuchte Obama, die Rolle der USA in der asiatisch-pazifischen Region zu stärken, nachdem man über Jahre erhebliche Ressourcen vor allem in die eigene Präsenz im Nahen Osten investiert hatte. Der neue chinesische Staatspräsident Jinping Xi formulierte seinerseits 2013 seine als »One Belt, One Road« (OBOR) (bzw. Seidenstraßen-) Initiative bekannte Strategie, mit der China seinen Einfluss in der Region auszubauen versuchte. Gleichzeitig versuchte man in Washington das Verhältnis zu Peking neu zu definieren. Vorgeschlagen wurde damals, das bilaterale Verhältnis als »G2«-Format zu etablieren, um durch intensive Konsultationen eine Eskalation der bilateralen Rivalität zu vermeiden. Im Sommer 2013 besuchte Xi die USA, proklamierte »eine neue Beziehung der Großmächte« und definierte das USA-China-Verhältnis als strategisches Kerninteresse Pekings. Diese Initiativen zwischen den USA und China weckten in Tōkyō zunächst Sorgen um ein erneutes »Japan passing« ähnlich der Clinton-Regierung in den frühen 1990er Jahren.

Unmittelbar nach seiner Wahl im Dezember 2012 verkündete Premierminister Abe bei seinem Antrittsbesuch in Washington die »Rückkehr Japans« als verlässlicher Partner, versicherte den USA, dass sein Land »niemals den Rang einer zweitklassigen Nation einnehmen werde«, und versprach, dass Japan »seine Wirtschaft und Verteidigung stärken wird«. Abe definierte Japans internationale Rolle als »effektiver Partner der USA und anderen Demokratien« und positionierte sich damit klar in der sich intensivierenden chinesisch-amerikanischen Rivalität.

Damit deutete sich an, dass Abe bereit war, von alt-etablierten Handlungsmustern im Umgang mit China abzurücken. In der Vergangenheit verfolgte Japans Chinapolitik das Ziel, die chinesische Volksrepublik sozial und politisch zu stabilisieren

und damit im Ergebnis Frieden und Stabilität in der Region zu garantieren, vor allem durch Entwicklungshilfe und die Intensivierung der Handelsbeziehungen. Für Peking war Tōkyō unerlässlich sowohl im Konflikt mit der Sowjetunion als auch im Bemühen, die eigene Volkswirtschaft zu modernisieren. Japan normalisierte seine diplomatischen Beziehungen mit der Volksrepublik 1972 im Zuge der chinesisch-amerikanischen Annäherung. In Tōkyō und Peking bemühten sich politische Eliten um eine pragmatische Außenpolitik. Als Modus Operandi im bilateralen Umgang etablierte sich eine strikte Trennung von Politik und Wirtschaft (*seikei bunri*). Kontroversen um Japans Kriegsvergangenheit spielten eine ebenso untergeordnete Rolle wie der Territorialstreit um die von Japan kontrollierten und von China beanspruchten Senkaku/Diaoyu Inseln im Ostchinesischen Meer.

Erst mit Ende des globalen Ost-West-Konflikts in den 1990er Jahren nahmen die Spannungen in den chinesisch-japanischen Beziehungen zu. China kritisierte Japans Bestreben, seine Sicherheitspolitik neu auszurichten, und in Japan mehrten sich jene Stimmen, die forderten, die eigenen wirtschaftlichen Ressourcen strategischer im Umgang mit China einzusetzen. Japans Kriegsvergangenheit und der Streit um die Senkakus politisierten zunehmend die bilateralen Beziehungen. Eliten, die einst die pragmatische Diplomatie etablierten, schieden aus der aktiven Politik aus, was effektives Krisenmanagement erschwerte. In Japan wurde China nun als »reale Bedrohung« (*genjitsuteki na kyōi*) im »Wettstreit um die regionale Hegemonie« (*haken sōdatsu*) dargestellt.

Der Modus Operandi von »cold politics/hot economics« (*seirei/keinetsu*) in der japanischen Chinapolitik zeigte sich jedoch robust. Das bilaterale Handelsvolumen stieg trotz der diplomatischen Krisen (ausgelöst etwa durch Besuche von Premierminister Jun'ichirō Koizumi am Yasukuni-Schrein zwischen 2001–2006, die Kollision eines chinesischen Fischerbootes mit der japanischen Küstenwache in der Nähe der Senkakus 2010 oder die Nationalisierung der Senkaku-Inseln 2012) während der 2000er und 2010er Jahre weiter. Unter Abe zeichnete sich allerdings ab, dass dieses Arrangement nicht von Dauer sein würde.

In Reaktion auf die sich abzeichnende sino-amerikanische Rivalität in Asien formulierte Abe eine eigene Strategie, die im Kern Chinas Rolle in der Region einzudämmen versuchte und sich (zunächst) am amerikanischen Pivot orientierte. Abes außenpolitische Berater knüpften an die »wertebasierte Außenpolitik« (*kachikan gaikō*) aus den Jahren seiner ersten Amtszeit (2006/07) an. Durch den Rückgriff auf »Werte« als Alleinstellungsmerkmal sollte das, vor allem gegenüber China, wirtschaftlich zurückfallende Japan nun als »thought leader« die Region weiterhin anführen. Das 2012 formulierte Konzept eines »Asia democratic security diamond« legte so die Grundlagen für die als quadrilateraler Sicherheitsdialog (QUAD) be-

kannte sicherheitspolitische Kooperation zwischen Japan, Indien, Australien und den USA. Chinas aggressives Vorgehen im Ostchinesischem Meer verschaffte Abe dann 2013 das nötige innenpolitische Momentum, um seine sicherheitspolitische Agenda umzusetzen. Abes Regierung formulierte eine Nationale Sicherheitsstrategie, die konkret auf die durch Chinas Aufstieg ausgelösten geopolitischen Veränderungen eingeht und als Antwort auf diese Verschiebungen einen »proaktiven Pazifismus« (*sekkyokuteki heiwashugi*) als neue außenpolitische Doktrin entwirft.

Die »Abe Doktrin« ersetzte die etablierte »Yoshida Doktrin«, unter welcher Japan seine Außenpolitik vor allem an wirtschaftspolitischen Interessen ausgerichtet und seine militärische Rolle auf die Landesverteidigung beschränkt hatte. Die neue Doktrin sah eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Partnern in der Region vor und versprach diesen Partnern, dass sich Japan, durch signifikant höhere Verteidigungsausgaben ertüchtigt, aktiver an der Einhaltung militärischer Bündnisverpflichtungen beteiligen werde. Ein neuer Nationaler Sicherheitsrat wurde etabliert, um das Krisenmanagement vor allem im Verbund mit Partnern zu verbessern. Ferner wurde 2014 das Verbot von Waffenexporten endgültig gekippt. Und, nicht zuletzt, erlaubte eine »Reinterpretation« der pazifistischen verfassungsrechtlichen Normen der Regierung Abe, mehrere neue sicherheitspolitische Gesetze zu verabschieden. Diese ermöglichten es den japanischen Selbstverteidigungskräften, sich an Operationen zur kollektiven Selbstverteidigung mit Bündnispartnern zu beteiligen. Abe und sein Team etablierten eine Sicherheitspolitik, deren Zentrum nun im Amt des Premierministers liegt und die von klaren sicherheitspolitischen Interessen geleitet ist, die vor allem zum Ziel haben, Chinas Einfluss in der Region aktiv einzudämmen.

Durch den Streit um die Senkaku-Inseln war das Verhältnis zu China bereits vor Abes Rückkehr ins Amt stark belastet gewesen. Abe nutzte die andauernde Krise im sino-japanischen Verhältnis, um seine revisionistische Agenda zu implementieren. Als Teil dieser Agenda besuchte Abe im Dezember 2013 den Yasukuni-Schrein. Der Besuch löste erwartungsgemäß heftige Kritik in Peking aus, markierte aber gleichzeitig auch den Wendepunkt in den bilateralen Beziehungen. Seit 2014 war Abe bemüht, das Verhältnis zu China wieder etwas zu verbessern. Abe und Xi trafen sich am Rande des APEC Economic Leaders' Meeting im November 2014 in Peking. Der bilaterale Umgang sollte sich wieder an der 2008 ausgehandelten Formel einer »Mutually Beneficial Relationship Based on Common Strategic Interests« orientieren. Obwohl Abe China als neue geostrategische Herausforderung definierte, gelang es ihm zunächst, die Beziehungen zu Peking zu stabilisieren und eine offene Konfrontation im Wettbewerb um die Gestaltung geostrategischer Räume in Asien zu vermeiden.

Abe setzte der von Xi 2013 formulierten OBOR-Initiative und der 2015 gegründeten Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) 2016 einen japanischen Entwurf entgegen. Die ursprünglich als »Free and Open Indo-Pacific« (FOIP) »Strategie« vorgestellte und später als »Vision« implementierte Außenpolitik beruht auf früheren Entwürfen aus der ersten Amtszeit Abes und verbindet ökonomische und sicherheitspolitische Interessen zu einer kohärenten Politik, die eine Schwerpunktverlagerung weg vom asiatisch-pazifischen hin zum indo-pazifischen Raum zum Ziel hat, um hier die Rolle Chinas einzudämmen. Japan hat allerdings signalisiert, dass sein Ansatz einer auf »Qualität«-orientierten Regionalpolitik nicht in Konkurrenz zu der von China verfolgten Politik von »Quantität« stehen sollte, sondern sich beide Ansätze in der Entwicklungspolitik ergänzen. Dieser Kompromiss resultierte vor allem aus dem Widerstand vieler ASEAN-Staaten, die trotz der hohen Beliebtheit Abes in der Region keine klare Position zwischen Japan und China einnehmen wollten.

Im Oktober 2018 reiste Abe (der erste Besuch eines japanischen Premierministers in China seit sieben Jahren) dann nach Peking. Xi und Abe erklärten, dass die bilateralen Beziehungen wieder im »normalen« Betrieb seien. Abe erklärte, dass Chinas wirtschaftliche Entwicklung als Beleg für den Erfolg der japanischen Entwicklungshilfe stehe. Japan hätte damit seine »historische Aufgabe« erfüllt. Damit war bestätigt, dass Entwicklungshilfefzahlungen (ODA) an den Nachbarn 2022, also genau 50 Jahre nach Normalisierung der bilateralen Beziehungen, vollständig auslaufen würden. Japan zahlte mehr als 3,6 Billionen Yen Entwicklungshilfe an China. Beide Seiten sprachen sich für den Ausbau der bilateralen Beziehungen aus. China und Japan etablierten noch im selben Jahr den Japan-China Maritime and Aerial Communication Mechanism, um die militärische Kommunikation zu verbessern. Peking und Tōkyō einigten sich auch darauf, bei regionalen Infrastrukturprojekten zusammenzuarbeiten. Und 2019 hatte die Zahl der chinesischen Touristen in Japan einen neuen Höchststand erreicht, bevor der Austausch durch die COVID-19-Pandemie zum Erliegen kam. Im letzten Jahr der Amtszeit Abes 2020 hat China mit einem Importanteil von 22 Prozent die USA (18,4 %) als wichtigsten Handelspartner Japans eingeholt.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zu China wurden unter Abe intensiviert und waren auch für den Erfolg der von Abe ausgerufenen »Abenomics« Reformpolitik kritisch. Gleichzeitig wurde Japans Handelspolitik unter Abe zunehmend zum Schauplatz geostrategischer Konkurrenz, in deren Verlauf Handelsbündnisse zu Instrumenten wurden, um sich im regionalen Wettbewerb um Standards und Tarife in Stellung zu bringen. Japans Beitritt in die Transpazifische Partnerschaft (TPP, seit 2018 Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership)

und die Initiative der Abe-Regierung, das Abkommen nach Austritt der USA unter Trump zu retten, kann hier als Beleg für den Wandel in der japanischen Außenwirtschaftspolitik dienen, in der Handels- und geostrategische Interessen im Umgang mit China stärker verknüpft werden. Abe hat daher stets für eine Rückkehr der USA in das CPTPP-Abkommen geworben, um dieses Bündnis als zentrales Instrument für die Gestaltung neuer Standards und Normen im wirtschafts- und industriepolitischen Wettbewerb mit China zu stärken. China ist nicht Teil des TPP- bzw. CPTPP-Abkommens. Beobachter sehen hier eine klare Veränderung in der japanischen Außenwirtschaftspolitik, weg von merkantilistischen Strategien im Interesse der eigenen Industrie hin zu einer Politik, die sich für die Gestaltung globaler Standards einsetzt. Im November 2020 trat Japan dem Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) bei, in dem auch China vertreten ist, die USA im Gegenzug jedoch nicht. Damit versucht Japan auch langfristig, seine Wirtschaftsinteressen gegenüber China zu wahren.

Abes Nachfolger, Yoshihide Suga und Fumio Kishida, haben den Kurs ihres Vorgängers weitestgehend fortgesetzt. China wird heute in den Diskursen zur japanischen Außenpolitik als zentrale geostrategische Herausforderung präsentiert. Dieser Herausforderung müsse sich Japan durch weitere sicherheitspolitische Reformen in Form von höheren Ausgaben für Verteidigung, sowie eine enge Zusammenarbeit mit dem Bündnispartner USA und regionalen Partnern stellen. Vor allem die Spannungen zwischen Taiwan und China sind zum Fokus in den andauernden Debatten um die Richtung der japanischen Sicherheitspolitik geworden. Nach seinem Rücktritt erklärte Abe mehrfach, dass Taiwan zentral für Japans nationale Sicherheit sei. Fünfzig Jahre nach Normalisierung der diplomatischen Beziehungen mit Peking wird China heute offiziell als »Gefahr« für Japans Sicherheit dargestellt. In einer Umfrage der *Yomiuri Shimbun* vom 6. September 2022 sehen mehr als 80 % der japanischen Öffentlichkeit China als »Bedrohung«. Pekings Haltung im Ukrainekrieg sowie Militärübungen in der Taiwanstraße haben das Chinabild in Japan ebenfalls nachhaltig negativ beeinflusst.

### **Das US-Japan-Bündnis unter Abe: Tōkyō als proaktiver Partner**

Die von Abe seit Ende 2012 vorangetriebene strategische Neuausrichtung knüpfte eng an Obamas »Rebalancing to the Asia-Pacific« Strategie an. Sicherheitspolitische Reformen, vor allem Abes Neuinterpretation der Nachkriegsverfassung zur Beteiligung an Operationen zur kollektiven Selbstverteidigung, hatten eine engere Kooperation Japans mit und tiefere Integration im Bündnis mit den USA zum Ziel. Abe

erklärte früh seine Unterstützung für die von der Obama-Regierung ausgeführten Freedom of Navigation Operationen (FONOPs) in Reaktion auf Chinas »Militarisierung des Südchinesischen Meeres«. Die Aufhebung des Waffenexportverbots ermöglichte es Japan, sich an der gemeinsamen Entwicklung von Rüstungstechnologie etwa mit den USA oder Großbritannien zu beteiligen. Neue regionale Bündnisse, etwa mit Australien, haben Obamas Pivot ergänzt und vielfach erweitert. Abe erklärte 2013 Japans Beteiligung am TPP-Abkommen, welches bis dato von der Obama-Regierung unterstützt wurde, um Chinas wirtschaftlichen Einfluss vor allem gegenüber den ASEAN-Staaten einzudämmen. Anders als etwa viele europäische Bündnispartner, schloss Japan sich den USA 2015 an und blieb Chinas AIIB als Finanzierungsmechanismus für die OBOR-Initiative fern. Im April 2015 revidierten Japan und die USA die Guidelines for US-Japan Defense Cooperation, um der neuen Rolle Japans als aktivem Bündnispartner gerecht zu werden. In seiner Rede vor dem US-amerikanischen Kongress bezeichnete Abe das Bündnis als »Alliance of Hope«. Abe gelang es am Ende der Obama-Regierung, Japan als aktiven Partner in der Allianz zu etablieren und hat damit den von Washington seit Ende des Kalten Krieges vorgetragenen Kernforderungen eines substanziellen Umbaus der Allianz Rechnung getragen. Ob die Allianz allerdings die sich abzeichnenden politischen Turbulenzen in den USA überstehen würde, war am Ende der Obama-Ära alles andere als eindeutig.

Mit der Wahl Donald Trumps zum 45. US-Präsidenten 2016 zeigten sich viele in Tōkyō und Washington besorgt über die Zukunft des Sicherheitsbündnisses. Trump machte Wahlkampf mit dem Versprechen, den Druck auf Japan zu erhöhen, damit Tōkyō noch höhere Beiträge zur Deckung der Kosten der US-Militärpräsenz in Japan leistet. Gleichzeitig wollte Trump ein bilaterales Freihandelsabkommen mit Japan verhandeln, um das Handelsdefizit von 60 Milliarden US-Dollar mit Japan auszugleichen. Die US-Beteiligung am TPP-Abkommen wurde indes aufgekündigt. Auch gegenüber China schürte Trump einen Handelskrieg. Peking und Japan sahen sich nun auf derselben Seite im Handelsstreit mit der neuen US-Regierung, was vor allem Abes Kurs nach 2017 im Umgang mit Chinas OBOR-Initiative sowie die japanische Beteiligung am RCEP-Abkommen 2020 beeinflusste.

Abe gelang es dennoch, eine enge Beziehung zum neuen Präsidenten Trump zu etablieren und damit das US-japanische Verteidigungsbündnis zu konsolidieren. Hierbei war es vor allem die FOIP-Initiative, die dem Bündnis einen neuen Rahmen gab. Auf der Suche nach einer eigenen Asien-Politik, die sich wesentlich von der Obamas unterschied, adoptierte Trump Abes FOIP-Vision. Auch europäische Staaten, NATO-Partner und die EU, sowie Partner in Asien schlossen sich der neuen geostrategischen Ausrichtung auf den Indo-Pazifik an. Abe machte damit Japan

zum Exporteur einer globalen Geostrategie, die einen neuen Rahmen im Wettstreit mit China setzte. »Making the alliance even greater« wurde zur neuen Richtlinie, nach der Trump und Abe versprachen, die Allianz weiter zu stärken. Japan setzte dabei nicht zuletzt auf den Kauf amerikanischer Waffensysteme. Diese sollten Japan vor allem gegen die nordkoreanische Bedrohung stärken.

Trumps unmittelbare Reaktion auf das nordkoreanische Raketen- und Atomprogramm im Jahre 2017 korrespondierte eng mit den sicherheitspolitischen Kerninteressen Abes, der sich selbst erst durch seine harte Linie im Umgang gegenüber Pjöngjang politisch etabliert hatte, nachdem Nordkorea 2002 die Entführung japanischer Staatsbürger einräumte. Der schlagartig vollzogene Richtungswandel Trumps in den Verhandlungen mit Nordkorea seit 2018 isolierte Abe international. Kontinuität und Kohärenz gab es allerdings in der sicherheitspolitischen Wahrnehmung Chinas. Die USA unter Trump haben in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie von 2017 China als revisionistische Macht charakterisiert. Abes Regierung erklärte bereits 2016 im Weißbuch zur Verteidigung »tiefe Besorgnis« über Chinas Vorgehen um Südchinesischem Meer.

Abe ist es gelungen, die Allianz auch unter Trump zu stabilisieren. 2019 erklärte die australische Denkfabrik Lowy Institute Abes Japan zur »quintessential smart power« und zum »leader of the liberal order in Asia«. Obwohl dieses Prädikat klar im Widerspruch zur innenpolitischen Agenda Abes stand, die oft liberaldemokratische Grundwerte in Frage stellte, war damit zumindest in der Außenwirkung zu erkennen, dass in der Trump-Ära Abe international für Stabilität und Verlässlichkeit stand. FOIP ist Kern der japanischen sowie US-amerikanischen Außenpolitik geblieben. Die Biden-Regierung hat sich ebenfalls zum Indo-Pazifik bekannt. Das von Abe initiierte Quad-Format hat sich gemeinsam mit der 2021 von Australien, Großbritannien und den USA formierten AUKUS-Allianz als Teil einer sich im Rahmen von FOIP ausbildenden sicherheitspolitischen Architektur etabliert. Auch im Umgang mit China gab es weder in den USA nach Trump noch im Japan nach Abe einen erkennbaren Bruch. Im Weißbuch zur Verteidigung 2021 erklärt Japan ausdrücklich ein »Gefühl der Krise« mit Blick auf die Lage in der Taiwanstraße. 2022 schloss sich Japan ebenfalls dem internationalen diplomatischen Boykott der olympischen Winterspiele in Beijing an, während Kishida einen Sonderbeauftragten zu Menschenrechtsfragen in China einsetzte. Gleichzeitig hat sich Kishida für eine Beteiligung Taiwans am CPTPP-Abkommen ausgesprochen. Diese Entwicklungen belegen, dass Japan zunehmend bereit ist, seine Sicherheitspolitik gegenüber China an der der USA auszurichten und somit mehr Druck auf Peking aufzubauen. Auch hier wird deutlich, dass mit der Abe-Ära ein tiefgreifender Richtungswandel stattgefunden hat.

## Fazit und Ausblick

Es lässt sich also bilanzieren, dass für Japans Außen- und Sicherheitspolitik die Abe-Ära richtungsgebend war. Viele der sicherheitspolitischen Debatten der Vergangenheit, die ein starkes und aktives Japan in der internationalen Politik forderten, wurden unter Abe umgesetzt. Der Umgang Japans mit China und den USA hat sich hierbei eindeutig gewandelt. Obwohl Japan weiterhin bemüht ist, seine handelspolitischen Interessen gegenüber China zu wahren, wird die Führung in Peking heute nicht mehr nur als Kooperationspartner, sondern zunehmend auch (wenn nicht sogar vorwiegend) als Systemrivale verstanden, dem sich Tōkyō proaktiv mit eigenen geostrategischen Visionen entgegenzustellen bereit ist. Alte Handlungsmuster in den chinesisch-japanischen Beziehungen, die Japans Sicherheitspolitik an den Wirtschaftsinteressen koppelt, greifen nur mehr bedingt. Laut einer Umfrage der *Asahi Shimbun* vom 12. September 2022 wollen 47 % der Japaner eine »Vertiefung der Beziehungen« mit China, während 44 % sich für »mehr Distanz zum Nachbarn« aussprachen. Diese Diskrepanz in der öffentlichen Meinung zeigt die komplexe Ambivalenz in den bilateralen Beziehungen zwischen Japan und China: Peking ist eine reale Bedrohung für Japans Sicherheit, und gleichzeitig sind die wirtschaftlichen Interessen und damit die gemeinsame Zukunft eng verbunden.

Parallel spielt Japan nach Abe im Bündnis mit den USA eine aktivere und robustere Rolle. Abes Erfolg bei der Internationalisierung des FOIP-Konzepts und damit der Koordination im Umgang mit China ist ein klarer Beleg für die neue Rolle Japans in der internationalen Politik. 2022 wird Japan seine von Abe 2013 verabschiedete Nationale Sicherheitsstrategie revidieren. Damit einher gehen eine Revision der Verteidigungspläne. Vor dem Hintergrund der drastischen geopolitischen Umwälzungen der letzten Monate, allen voran der russische Angriffskrieg in der Ukraine und die sich daran anbindenden Debatten um die Implikationen für Sicherheit und Frieden im Indo-Pazifik, ist der Druck auf Kishida gestiegen, Japans Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des BIP anzuheben. Mit Blick auf Nordkorea wird auch eine Präventivschlagoption als Teil der japanischen Verteidigungspolitik in den Debatten nicht mehr ausgeschlossen. Diese Debatten knüpfen direkt an die sicherheitspolitischen Einschnitte unter Abe an. Abe hat damit in weiten Teilen seine konservative Agenda umgesetzt, die eine Abkehr Japans vom Pazifismus der Nachkriegsära anstrebte. Ob der von Abe umgesetzte sicherheitspolitische Wandel tatsächlich zum Erhalt von Frieden und Sicherheit in der Region beitragen kann, oder letztlich nur Teil der regionalen Krise und damit der Eskalationsspirale im Indo-Pazifik wird,

bleibt abzuwarten. Unklar bleibt auch, welche langfristigen Strategien Japan entwickeln wird, um seine sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen in der Region auch zukünftig zu wahren.

## Literatur

- Green, Michael J. (2022), *Line of Advantage: Japan's Grand Strategy in the Era of Abe Shinzō*, New York: Columbia University Press.
- Hughes, Christopher W. (2022), *Japan as a Global Military Power: New Capabilities, Alliance Integration, Bilateralism-Plus*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Katada, Saori N. (2020), *Japan's New Regional Reality: Geoeconomic Strategy in the Asia-Pacific*, New York: Columbia University Press.
- Liff, Adam P. und Philip Y. Lipsy (2022), »Japan Transformed? The Foreign Policy Legacy of the Abe Government«, in: *Journal of Japanese Studies*, 48 (1): 123–147.
- Maslow, Sebastian (2018), »Japans Reaktion auf den geostrategischen Machtwettbewerb zwischen China und den USA in Ostasien,« in: Mischa Hansel, Sebastian Harnisch und Nadine Godehardt (Hg.), *Chinesische Seidenstraßeninitiative und amerikanische Gewichtslagerung*, Baden-Baden: Nomos, S. 99–123.
- O'Shea, Paul und Sebastian Maslow (2021), »Making the Alliance Even Greater: (Mis-) Managing US-Japan Relations in the Age of Trump«, in: *Asian Security*, 17 (2): 195–215.
- Pugliese, Giulio (2017), »Kantei Diplomacy? Japan's Hybrid Leadership in Foreign and Security Policy«, in: *The Pacific Review*, 30 (2): 152–168.